

Meißen, 09. März 2023

Beschlussantrag: Nein zur Ansiedlung von Rüstungsunternehmen im Landkreis Meißen, ja zum Frieden in der Ukraine!

Es wird beantragt, dass der Landrat des Landkreises Meißen sich bei der Sächsischen Staatsregierung gegen die Ansiedlung von Rüstungsunternehmen auf dem Gebiet des Landkreises Meißen einsetzt. Es wird ferner beantragt, dass der Landrat des Landkreises Meißen sich bei der Sächsischen Staatsregierung für das Werben um eine diplomatische Lösung im Rahmen des Ukrainekriegs verwendet und sich diesbezüglich insbesondere gegen weitere Waffen- und Munitionslieferung an die beteiligten Kriegsparteien sowie gegen eine Ausbildung militärischen Personals der beteiligten Kriegsparteien auf deutschem Boden ausspricht.

Begründung:

Seit Beginn des Ukrainekriegs am 24. Februar 2022 starben neben zehntausenden Soldaten beider Seiten laut Angabe des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCR) zum Stand 5. Mai 2023 mindestens 8,173 Zivilisten infolge von Kampfhandlungen. Weitere 13.620 Zivilisten wurden durch Kriegseinwirkung verletzt. (1) Die Anzahl der Kriegsflüchtlinge wird vom UNHCR zum Stand des 7. März 2023 mit über 8,1 Millionen Menschen angegeben. (2)

In seinem jetzigen Verlauf wird deutlich, dass dieser Krieg zurzeit von keiner der beteiligten Kriegsparteien militärisch zu gewinnen ist. Ausgehend von dieser Prämisse tritt die Bedrohung eines Kriegs zutage, welcher noch über Jahre fortauern könnte. Das durch den Krieg ausgelöste menschliche Leid sowie die Zerstörung wertvoller Wirtschafts- und Infrastruktur würden demnach rechtfertigungslos gesteigert und in keinem Fall mehr kompensierbar. Verlierer dieses Kriegs ist bereits heute die Zivilbevölkerung, jedoch ebenso die am Krieg direkt wie indirekt beteiligten Staaten.

Der Antragsteller beantragt von daher den Kreistag des Landkreises Meißen zu beschließen, dass der Landrat des Landkreises Meißen sich bei der Sächsischen Staatsregierung gegen weitere Waffenlieferungen in das Kriegsgebiet der Ukraine verwendet, damit Deutschland nicht Gefahr läuft, ebenso zur Kriegspartei zu werden. Der Landrat des Landkreises Meißen solle sich bei der Sächsischen Staatsregierung hingegen für eine diplomatische Lösung des Konflikts sowie eine Mediation von Verhandlungsrunden zwischen den beteiligten Kriegsparteien aussprechen.

Gleichzeitig beantragt der Antragsteller, der Kreistag des Landkreises Meißen möge beschließen, dass der Landrat des Landkreises Meißen sich bei der Sächsischen Staatsregierung gegen eine Ansiedlung von Rüstungsunternehmen auf dem Gebiet des Landkreises Meißen einsetzt. In den vergangenen Wochen trat der Rüstungskonzern Rheinmetall AG gleich mehrfach mit der Sächsischen Staatsregierung zur Auslotung von Standorten für seine

1 <https://www.ohchr.org/en/news/2023/03/ukraine-civilian-casualty-update-6-march-2023>

2 <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>

Rüstungsproduktion sowohl ob einer Pulverfabrik (3) als auch ob der Herstellung wichtiger Bauteile für Kampfflugzeuge (4) in Kontakt. Mit Produktionsstätten von Rüstungsunternehmen auf seinem Gebiet geriete der Landkreis Meißen im Falle eines Kriegs zum strategischen Ziel für Militärschläge beteiligter, der Bundesrepublik Deutschland feindlich gesinnter Kriegsparteien. Diese Militärschläge träfen zweifelsohne auch zivile Angestellte sowie umliegend lebende zivile Bürger unseres Landkreises. Die Errichtung von Produktionsstätten für Rüstungsgüter im Landkreis Meißen ist von daher ethisch nicht tragbar und gehört zwingend abgewendet.

Der Rüstungskonzern Rheinmetall AG drängt nach Angaben des Mitteldeutschen Rundfunks überdies auf die Subventionierung seiner zu errichtenden Werke in Sachsen durch die Sächsische Staatsregierung. Die Subventionierung eines börsennotierten Konzerns mittels Steuergelder ist allein bereits fraglich. Bei der Rheinmetall AG schlägt überdies zu Buche, dass der Konzern seinen Aktienwert seit Jahresbeginn 2022 bis zum Stichtag des 9. März 2023 von 83,06 EUR auf 257,80 EUR mehr als verdreifachen sowie seinen Gewinn im vergangenen Jahr um rund 20 Prozent auf einen „Rekordgewinn“ (Handelsblatt) steigern konnte. (5)

Einen gewinnorientierten Rüstungskonzern, der infolge des Ukrainekriegs „Rekordgewinne“ verzeichnet, beim Ausbau seiner Produktionskapazitäten und somit bei der Steigerung von Aktienwert und finanziellem Gewinn steuerlich zu subventionieren, ist politisch vor den Bürgern unseres Landkreises, die unter den Lasten von Krieg, Inflation und Migration zu leiden haben, nicht vertretbar. Der Antragsteller dieses Beschlussantrags bittet um gesonderte Berücksichtigung dieses Arguments bei der Beschließung des vorliegenden Antrags durch den Kreistag des Landkreises Meißen.

Mit freundlichen Grüßen,

Thomas Kirste, MdL
AfD-Kreisrat

Dieter Vogt,
AfD-Kreisrat

3 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/rheinmetall-pulverfabrik-munition-100.html>

4 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/kampfjet-rumpf-gespraeche-rheinmetall-102.html>

5 <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/ruestungindustrie-rheinmetall-macht-2022-rekordgewinn-verfehlt-umsatzziel/28909256.html>